1.5.1969

Kampftag der Arbeiter

1. Mai

Revolutionäre Soldaten vor dem „Frankfurter Hof" in Frankfurt (Main) am 9. November 1918

BASIS-GRUPPEN SDS

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

WER HAT UNS VERRATEN - SOZIALDEMOKRATEN !

Mit den Arbeiterverrätern Ebert und "Bluthund" Noske wurde der Verrat an der deutschen Revolution blutig eingeleitet. Heute wird von den Charaktermasken der SPD-Spitze mit Notstandsgesetzen, Vorbeugehaft und dem Ausnahmezustand für die Universität, dem "studentischen Ordnungsrecht" ein neuer Faschismus vorbereitet. Heute wie damals wird das kapitalistische System, die Herrschaft der monopolistischen Clique über die lohnabhängigen Massen nicht in Frage gestellt. Die Folge muß eine Politik sein, die im Dienste der herrschenden Klasse steht und damit Verrat an den Interessen der arbeitenden Massen ist. Die Sozialdemokratie hatte schon immer die Aufgabe, die unterdrückten Klassen durch Phrasen zu verdummen oder, wie die Gewerkschaften, deren Unmut durch Scheinreformen zu kanalisieren (Mitbestimmung, Beispiel Frankreich Mai 1968).

WER HAT RECHT , KARL LIEBKNECHT !

Wer die Wirtschaft des kapitalistischen Systems durch konzertierte Aktion stützt, ist nur konsequent, wenn er versucht, den kapitalistischen Staat durch NS-Gesetze und Terror gegen bewußt gewordene Minderheiten zu erhalten.

KAPITALISMUS FÜHRT ZUM FASCHISMUS - KAPITALISMUS MUSS WEG

Unsere Interessen können nicht von sogenannten Volksvertretern durchgesetzt werden, die ihrem Gewissen - und das heißt in der Praxis, den Parteibürokratien und damit der herrschenden Klasse-verantwortlich sind (Beispiel: SPD-Abgeordnete während der Notstandsgesetzgebung). Wir wählen niemanden, den wir nicht dauernd kontrollieren können!

VOLKSVERTRETER SIND VOLKSZERTRETER

Die Politik wird nicht von den Charaktermasken gemacht, die sich im Parlament Scheingefechte liefern, sondern dort wird das ausgeführt, was in den Entscheidungszentren der monopolisitschen Wirtschaft beschlossen worden ist. Da nützt es auch nichts, wenn die DKP die verlassenen Positionen der SPD einnimmt und in einer "Frieden -,Freundschaft -,Eierkuchen-Einheitsfront" mit den Verrätern der Sozialdemokratie einen machtvollen Kampf um mehr Parkplätze verspricht. Die DDR, in der die Politik von verselbständigten revisionistischen Parteiapparaten gegen die Massen gemacht wird, kann für uns kein Vorbild sein. Wir müssen unsere Interessen selbst bestimmen und organisieren und uns im Kampf gegen die Bürokratien und Institutionen des Klassenstaates auf eine wirklich revoulutionäre Umwälzung vorbereiten.

BRECHT DEM STAAT DIE GRÄTEN - ALLE MACHT DEN RÄTEN !

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Mitbestimmung als Arbeiterverrat

WIR FORDERN SELBSTBESTIMMUNG

Nachdem die deutschen Gewerkschaften ihre Zustimmung zu der Verabschiedung der faschistischen Notstandsgesetzgebung erteilt und mit heuchlerischen Argumenten eine wirkliche Mobilisierung der lohnabhängigen Massen verhindert hatten, erhielten sie als Gegenleistung von der zur "Regierungspartei" abgestiegenen SPD die baldige Verabschiedung eines "Mitbestimmungs"-Gesetzes zugesagt. Die Arbeiterschaft sollte die Notstandsgesetze widerstandslos akzeptieren - die bittere Mahlzeit sollte ihr durch "Mitbestimmung" versüßt werden, die gleichzeitig den Gewerkschaften als Alibi für ihre verräterische Politik dient. Der DGB wagt in diesem Zusammenhang von "humanitären Leitbildern", von "Integration der Arbeitnehmer in die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Staates" usw. zu sprechen. Dies alles soll die "Mitbestimmung" bewirken - in der Tat ein freudiges Ereignis für das Kapital, nicht aber für die lohnabhängigen Massen! Anstatt wirklicher Demokratisierung, d.h. Selbstbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb und in der Gesellschaft, zu fordern, begnügt sich der DGB und seine Funktionäre mit der Mitsprache bei der Unternehmenführung, die in Ziel und Grundsatz allein dem Profitinteresse des Kapitals verpflichtet ist und also dem Interesse der Arbeiter widerspricht. Dies zeigen zahllose Beispiele aus der Montanindustrie, in der seit zwei Jahrzehnten die "Mitbestimmung" eingeführt ist, die jedoch an der realen Lage des Arbeiters nichts geändert hat.

Die Notstandsgesetze sind für eine Zeit geplant, in der die Arbeiterschaft zu einem offenen und aktiven Klassenkampf übergehen wird, die "Mitbestimmung" aber soll diesen Klassenkampf möglichst schon vorher unterbinden, indem sie die Entmündigung der Massen garantiert! Dafür sind die Mai-Ereignisse in Frankreich das beste Beispiel. Die Lohnabhängigen traten in den Generalstreik. Sie begannen mit ihrer eigenen Interessenvertretung, deren Ziel der Sturz der kapitalistischen Herrschaft und Gesellschaft war. Sie besetzten Betriebe, die sie errichtet hatten, die sie in Gang hielten, in denen sie den Reichtum des Kapitals produziert hatten. Dem autoritären Regiment der Direktoren, Abteilungsleitern und Meistern wurde ein Ende bereitet: Die Arbeiter nahmen die Produktion in die eigenen Hände.

UND DIE GEWERKSCHAFTEN ?

Sie versuchten die soziale Revolution, den aktiven Klassenkampf und die Selbstorganisation der Massen wieder zurück in die stinkenden Kanäle des alten korrumpierten Systems zu leiten. Als Dank dafür bekamen sie später von der autoritären Staatsadministration den faden Bonbon "participation" (= "Mitbestimmung"). Kein anderes Beispiel zeigt besser die Unterdrückerfunktion der DGB-"Mitbestimmung". Wenn jetzt entlassen wird, ist nicht mehr nur der Kapitalist beteiligt: Die Gewerkschaft entläßt mit. Wenn die Akkorde willkürlich erhöht werden, ist der Gewerkschaftsbürokrat dabei, wenn ein Betrieb stillgelegt wird, wird er von Kapital und Gewerkschaft gemeinsam zu Grabe getragen.

BRECHT DEM KAPITALISMUS DAS GENICK!

Die Alternative dazu kann nur sein: Beseitigung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Arbeiter selbst dann noch ausbeutet, wenn er glaubt, Feierabend zu haben - er ist dann zum Konsum verpflichtet! Die Beseitigung aber erreicht man nicht, indem man kapitalistische Gewerkschaftspolitik treibt! Für das Kapital gibt es imKampf um seine Lebensinteressen keine Kompromisse. Ebenso

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

wenig aber auch für die Arbeiterschaft. In Worten spricht ein Otto BRENNER noch von einem Klassenstaat in der BRD, in der Praxis jedoch verrät er die Interessen der Lohnabhängigen, indem er die Notwendigkeit des Klassenkampfes leugnet. Daher müssen die Arbeiter ihre Interessen selbst vertreten, sich selbst organisieren, wie es die Studenten an vielen Universitäten bereits versuchen, und den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, den autoritären Staat und gegen die korrumpierte Gewerkschaftsbürokratie aufnehmen. Wenn man uns sagt, daß wir in einem Klassenstaat leben, dann ziehen wir die praktische Konsequenz: Den Klassenkampf!

Das radikale Geschwätz der Gewerkschaftsbosse von einem Klassenstaat entlarvte sich daher spätestens in den Kämpfen gegen die Notstandsgesetzgebung: In schon oft erlebter und praktizierter Einmütigkeit zementierten Unternehmer, die "Volkspartei" SPD und die Gewerkschaften endgültig die bisherigen Herrschaftsverhältnisse in der BRD, das heißt die Macht der Kapitalisten wird jetzt ganz offen gegen die Interessen der Arbeiter staatlicherseits abgestützt. Ein Beispiel: In dem sehr unbestimmt formulierten Artikel 9 des Notstandsgesetzes, der angeblich den Arbeitskampf sichern soll, ist den Unternehmern die Möglichkeit zugeschanzt worden, auch Lohnkämpfe als politische Kämpfe zu betrachten und sie infolgedessen mit Hilfe der Regierung abzuwürgen. Exempel für eine solche Verfahrensweise sieht man deutlich in den faschistischen Ländern Griechenland, Spanien und Portugal. Doch bleiben wir im eigenen Land, denken wir an das verschleiernde und kompromisslerische Verhalten der hessischen SPD-Landesregierung und der Gewerkschaft beim Streik der CORRECTA-Arbeiter!

Der Fall CORRECTA -
oder: Wie man die Arbeiter verschaukelt

Als die Gummiarbeiter 1967 in Kampf um höhere Löhne in den Streik traten, wechselte der schlaue WilliKAUS , Alleinbesitzer der CORRECTA-Schaumstoffwerke in Bad Wildungen, kurzerhand seine Farbe: Er verließ den Arbeitgeberverband der Gummiindustrie und wurde Mitglied des Arbeitgeberverbandes Kunststoff. Er hatte einen sehr "triftigen" Grund: Die Tariflöhne in der Kunststoffindustrie sind bis zu 3o Prozent niedriger als in der Gummiindustrie! Gleichzeitig platzte durch diese KAUS-Manipulation eine schon angesetzte Urabstimmung der CORRECTA-Arbeiter über eine Beteiligung am Streik der Kollegen in der Gummiindustrie!

Jetzt war Kaus gut raus: Die Einhaltung der einzelnen Arbeitsverträge stand nunmehr ganz in seinem Belieben. Das war selbst für die Gewerkschaft auf die Dauer unerträglich, sie forderte einen separaten Unternehmenstarifvertrag. Als KAUS ablehnte, mußte sie (schon um ihr Gesicht vor der Arbeiterschaft zu wahren) im November 1968 den Streik ausrufen. Die Antwort des Kapitalisten KAUS war prompt: Aussperrung! Obwohl Aussperrung nach Art. 29 Abs. 5 der hess. Verfassung rechtswidrig ist, ergriffen weder SPD-Landesregierung nocht Gewerkschaften kämpferische Maßnahmen. Sozialminister Hensath meinte nur zynisch: "Sollten wir die Streikbrecher etwa nicht mit Polizei ins Werk begleiten?" Dabei wußte die SPD sehr wohl, daß KAUS zusammen mit seinem Arbeitgeberverband im Fall CORRECTA ein Exempel statuieren wollte:

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

DER NOTSTAND SOLLTE GEPROBT WERDEN !

Handlager HANDRACK, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Chemie, verwies eindeutig auf die"unumstößliche Rechtmäßigkeit" des Aussperrungsbeschlusses mit eben dem berüchtigten Art. 9 Abs. 3 des "neuen" Notstandsgesetzes, das "keine einschränkenden Maßnahmen bei einem Arbeitskampf dulden würde". HANDRACK hatte recht: Der Artikel, der nur vom "Arbeitskampf" und nicht vom "Streik" spricht(!), ist bewußt so undeutlich abgefaßt, um bei Konflikten den Herrschenden die Möglichkeit zu geben, ihn nach ihrem Gusto (das heißt nach ihrem Profitinteresse) auszulegen.

Die Antwort auf dieses gewälttätige Exempel seitens der Unternehmer konnte nur heißen: Besetzung des Betriebes und Übernahme der Produktion durch die Arbeiter, Stürmung des Arbeitgeberverbandes und militante "Besuche" im Privatpalast des Kapitalisten KAUS. Doch die Gewerkschaften haben schon lange das Kämpfen verlernt:Während sich ROSENBERG und Co. in Offenbach an dem eigenen "Mitbestimmungs"-Geschwafel und an der untertänigen Zustimmung der Gewerkschaftsfunktionäre erfreuten, demonstrierten die Studenten vor dem Arbeitgeberverband Chemie in Frankfurt. Nur massiver Polizeieinsatz konnte sie daran hindern, den Geldbonzen einen heißen Abend zu bereiten.

Daß es noch nicht einmal zu einer notwendigen verfassungsrechtlichen Klärung der Aussperrung bei CORRECTA kam, ist das "Verdienst" der hess. Landesregierung und der Gewerkschaften: Die für die Herrschenden brenzlige Situation wurde durch internes Gemauschel und geheime Absprache vertuscht, eine eminent wichtige politische Frage, bei der es um die primitivsten sozialen und politischen Rechte der lohnabhängigen Masse ging, wurde nach bewährtem Rezept zu einer rein tariflichen Frage abgewiegelt, obwohl noch im Notstandskampf die Gewerkschaften und die SPD großmäulig verkündet hatten, daß sie bereits dem geringsten Mißbrauch des neuen Gesetzes Einhalt gebieten wollten!

Die Kollegen bei CORRECTA können Auskunft darüber geben, wieviel "Rädelsführer" des Streiks vomHerbst 1968 inzwischen entlassen wurden, ohne daß ein Hahn - schon gar nicht die Gewerkschaften - nach ihnen krähte!

DESHALB: ENTLARVT DIE GEWERKSCHAFTEN ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENT - ORGANISIERT EUCH SELBST !

Es wird vom Klassenkampf gefaselt, aber alles getan, um zusammen mit den Unternehmern Ausbeutungspolitik zu treiben. Man unterwirft sich willig dem Diktat der "konzertierten Aktion" von SPD-Schillers Gnaden, die 1968 den Kapitalisten Gewinn-Steigerungen bis zu 4o Prozent zuschanzte, während die Arbeiter mit 3 bis 5 Prozent abgespeist wurden. SPD und Gewerkschaften als verlängerter Arm der Unternehmer — es wird Zeit, daß der Arbeiter praktische Folgerungen aus der alten Erkenntnis zieht, daß der Kampf für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen niemals erfolgreich sein kann, wenn man ihn nicht mit einem prinzipiellen Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem verknüpft!

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

DREI FRAGEN ZUM PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

Oft entstehen Streit und Haß zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Ein kleiner, scheinbar bedeutungsloser Konflikt am Arbeitsplatz, beim Einkaufen, in der Straßenbahn oder in der Kneipe reicht manchmal schon aus, daß sich großes Geschrei in allen Sprachen erhebt und sich regelrechte "feindliche Lager" bilden. Jeder weiß, daß es schlimm ist, wenn sich die Arbeiter selber in feindliche Lager spalten. Trotzdem kommt es zu Streit. Selten fragt mal einer, warum das so ist.

Frage 1: Aus welchen Ländern kommen die Gastarbeiter und warum gehen sie von dort weg?

Sie kommen hauptsächlich aus Portugal, Spanien, Süditalien, Jugoslavien, Griechenland und aus der Türkei. Ein oder zwei dieser Länder kennen viele von uns: Das sind die großen Erholungsgebiete Europas mit Meer und Sonne, Oliven und Wein. Wenn wir abgeschafft sind oder auch einfach mal raus aus dem elenden Trott wollen, dannkönnen wir dort Urlaub machen und es uns wohl ergehen lassen. Aber wenn das Brot im Süden billiger ist, vergessen wir oft, daß der Bäcker dort eben auch weniger verdient. Und wenn das Benzin dort teurer ist, so merken wir nicht, daß es für den einfachen Bauern und Landarbeiter überhaupt nicht mehr erschwinglich ist. Dieses ganze riesige Gebiet im Süden Europas, aus dem die Gastarbeiter kommen, ist ein einziges wirtschaftliches Notstandsgebiet: Die Löhne sinken, die Arbeitslosenzahlen steigen, und der Unterschied zwischen Arm und Reich wird immer größer. Ein Land ohne nennenswerte Industrie bewahrt sich zwar eine gewisse Naturschönheit, ist aber zur Armut verbannt. Dazu kommt, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter, Bauern, auch der Studenten und der kleinen Händler und Angestellten in diesen Ländern oft nur noch mit brutaler Polizei- und Militärgewalt unterdrückt werden kann. In Portugal, Spanien und Griechenland gibt es faschistische Diktaturen, in denen Arbeiter vor Militärgerichte gestellt und in den Folterkammern der Gefängnisse den unvorstellbarsten Torturen ausgesetzt werden.
- Dies sind ein paar Gründe, warum die Gastarbeiter ihr Land verlassen.

Frage 2: Nehmen uns die Gastarbeiter die Arbeitsplätze weg oder beuten sie uns auf irgend eine andere Art aus?

Zunächst muß es wie ein verrückter Einfall erscheinen, überhaupt diese Frage zu stellen, wenn man sich bloß die konkrete Lage der Gastarbeiter in der BRD ansieht. Wirtschaftlich sind sie schlechter gestellt als die deutschen Arbeiter und werden vor allem für die Dreckarbeit eingesetzt. Sie sind in Ghetto-Umgebungen eng zusammengepfercht, leben in Baracken auf Fabrikgelände oder in Wohnhäusern, wo ihnen Wuchermieten abgenommen werden. Und schließlich existiert das Ausländergesetz, das bereits 1965 als einer der frühesten (und für das "deutsche" Bewußtsein offenbar problemlosesten) Bestandteile der Notstandsgesetzgebung verabschiedet wurde.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Dieses Gesetz macht es möglich, jeden mißliebig aufgefallenen Ausländer - Student, Praktikant oder Arbeiter - jederzeit auf bloße polizeiliche Anordnung hin aus dem Lande zu verweisen oder gar in sein in vielen Fällen faschistisches Heimatland abzuschieben. Will er vor Gericht Einspruch erheben, so darf er das - von seinem Heimatland aus.

Gerade aber aus dem Grund, daß die Gastarbeiter eine nahezu rechtlose, besonders schlecht bezahlte und gesellschaftlich als Menschen zweiter Klasse behandelte Schicht innerhalb der Arbeiterklasse bilden, werden sie benutzbar für die Zwecke der Ausbeuter und Profitgeier. Wer zu Hause arbeitslos war, nimmt hier auch schlechter bezahlte Arbeit an, ohne als erstes nach dem Verdienst seines deutschen Kollegen zu fragen. Damit drückt er objektiv das allgemeine Lohnniveau herunter. Wer ein Opfer der deutschen Vorurteile wird und von den Arbeitern in der BRD sowieso nicht akzeptiert wird, kann sich unversehens zum Streikbrecher mausern. Wer gezwungen ist, sich mit sozialen Verhältnissen abzufinden, die unter dem Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse liegen, der setzt sich schließlich selbst in die Rolle dessen, im Vergleich zu dem sich der deutsche Arbeiter ein scheinhaftes Selbstbewußtsein zurecht schustern kann. Die Unternehmer, die Geldsäcke sind es, die ein Interesse daran haben, auf solche Weise den Spaltpilz in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Genau wie der Rassismus, den die Nazis gegen die Juden entfachten, den Zweck hatte, alle Schuld und allen Terror, mit dem die herrschende Klasse ganze Völker in den Krieg trieb, auf eine wehrlose Minderheit abzuwälzen - genau so werden die Gastarbeiter erst einmal durch besondere Arbeitsverträge und Ausländergesetz entrechtet und dann demagogisch als die Schuldigen hingestellt, obwohl sie selber nur doppelt und dreifach ausgebeutet werden.

Frage 3: Wie können wir gemeinsam mit den ausländischen Kollegen den Faschismus hier und in ihren Heimatländern bekämpfen?

Für die ausländischen Kollegen, die als Gastarbeiter hierher kommen und hoffen, dem Terror der faschistischen Diktatur entronnen zu sein, ist unser Ausländergesetz der verlängerte Arm des Regimes in ihrem Heimatland. Die Zusammenarbeit der "freiheitlich-demokratischen" Regierung in der BRD mit den faschistischen Machthabern in Südeuropa wird konkret in der Duldung und Unterstützung von ausländischen Geheimdiensten, von Terror-Gruppen, die gegen oppositionelle Arbeiter aus ihren Heimatländern vorgehen, in der gemeinsam ausgeübten Kontrolle über den Arbeitsmarkt (Spitzel in den Arbeitsämtern), in dem schon in vielen Fällen durch die Ausländerpolizei verfügten Verbot, den Arbeitsplatz zu wechseln (eine ohne Erklärung des Notstands faktisch durchgeführte Dienstverpflichtung), in der Praktik, politisch unliebsame Ausländer bei Nacht und Nebel abzuschieben, und in vielen anderen Maßnahmen. Der Terror, der jetzt schon gegen die ausländischen Arbeiter und Studenten geübt wird, ist ein kleiner Vorgeschmack auf das, was uns selbst blüht, wenn wir die Herrschenden hierzulande dazu kommen lassen, ihre Notstandspläne gegen uns anzuwenden.
Der internationalen Zusammenarbeit der faschistischen Konterrevolution setzen wir die auch schon praktizierte Solidarität der Unterdrückten entgegen. Wir haben gezeigt, und werden weiterhin deutlich machen, daß sich unsere

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Solidarität nicht auf die leeren Phrasen der Gewerkschaften und Sozialdemokraten beschränkt. Wir werden weiterhin die Niederlassungen der faschistischen Staaten in der BRD direkt angreifen. Wir werden die Zusammenarbeit mit den revolutionären ausländischen Genossen verbessern.

FÜR ALLES REAKTIONÄRE GILT: DASS NICHT FÄLLT,
WAS MAN NICHT NIEDERSCHLÄGT! (MAO)

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG DURCH RATIONALISIERUNG UND AUTOMATION !

Welcher Irsinn: Schutz der Arbeiter vor Rationalisierung und Automation!

In unserem System bedürfen die Arbeiter eines Schutzes vor der Automation, weil die Produktionsmittel von denen kontrolliert werden, die ani ihrem privaten Profit und nicht am Fortschritt der arbeitenden Masse interessiert sind. Automation bedeutet Verringerung der Arbeit - die Gewerkschaften "schützt" die Lohnabhängigen vor der Abschaffung der Arbeit! Anstatt die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion zu erkämpfen, wurden den Besitzenden nur Schein-Reformen abgefeilscht.

In der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur herrscht eine kleine Gruppe von Wirtschaftsbossen über den Produktionsapparat. Das kapitalistische System ist wie nie zuvor eine Fessel der Produktion geworden, und deshalb werden die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung auch viel einschneidender eingeschränkt und entstellt, als vor einigen Jahrzehnten. Im Spätkapitalismus wird die Bedürfnisbefriedigung auf eine Art und Weise deformiert - durch das Primat der Profitmaximierung, die man nur als Konsumterror bezeichnen kann. Tag für Tag werden die Lohnabhängigen im Fernsehen, Radio und Kino und auf Plakaten mit Werbung bombardiert, die sie selber noch bezahlen müssen. Denn die Bedrohung durch Absatzkrisen, die früher nur periodisch auftrat ist heute permanent geworden, was eine systematische und praktische Verschleierung und Abwehr dieser Gefahr hervorgerufen hat, die teils von den Kapitalisten selbst, teils von ihrem willfährigem Werkzeug, den Staat, betrieben wird.

Einige Methoden, die die Kapitalisten direkt anwenden, zielen darauf ab, den Lohnabhängigen den letzten Groschen für nutzlose und überflüssige Produkte aus der Tasche zu ziehen. In den Fabriken werden Arbeiter gezwungen, Autos zu produzieren, die so konstruiert sind, daß sie in verhältni verhältnismäßig kurzer Zeit verbraucht sind. Es sind die gleichen Autos, die der Arbeiter für den eigenen Bedarf von seinem sauer verdienten Geld kauft, um in kurzer Zeit wieder ein neues erarbeiten zu müssen! Die Profitinteressen derjenigen, die bestimmen, was und wie produziert wird, verlangen, daß der Absatz durch kurzlebige Produkte erhalten und gesteigert wird.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Also: Das Profitinteresse fordert:

- lange Arbeitszeit und kurzlebige Produkte

Die materiellen Interessen der Lohnabhängigen heißen -

- langlebige Produkte und kurze Arbeitszeit!
(sofortige Verkürzung des 8-Stunden-Tages auf 4 Stunden!)

Eine Beispiel: Die technische Möglichkeit besteht, praktisch unzerstörbare Waren zu produzieren, wie Glühlampen, Autoreifen, Strümpfe usw. Diese Möglichkeiten auszunutzen liegt jedoch nicht im Profitinteresse der Kapitalisten. Deswegen lassen sie solche Patente, die die Lebenszeit dieser Produkte verlängern, in ihrem Panzerschrank verschimmeln. Deswegen versuchen die Studenten in den Universitäten, die Wissenschaft den kapitalistischen Profitinteressen zu entreißen und in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen. Daher fordert die Verwirklichung der Interessen der lohnabhängigen Massen die Umwälzung des kapitalistischen Systems, den Sturz der herrschenden Klasse und die Beseitigung der Marktstruktur.

Denn unter den gegebenen Herrschafts- und Produktionsverhältnissen würde die Produktion von langlebigen Gütern in einem Betrieb zu Arbeitslosigkeit führen, da diejenigen, die über die Produktion bestimmen, gleichzeitig unwiedersprochen über die Arbeitsplätze verfügen können.
Also ist es nutzlos, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu fordern, wenn nicht gleichzeitig die Kontrolle über die Produktion erzwungen und die Selbstbestimmung der abhängigen Massen am Arbeitsplatz erkämpft wird.

STADTTEILBASISGRUPPEN – DEZENTRALISIERTE ORGANISATION

An den Aktionen gegen den Springer-Konzern und gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze haben die zahlreichen Lehrlinge und Arbeiter und junge Angestellte teilgenommen. Damit war die zunächst studentische Protestbewegung über die Hochschule hinausgegangen. Nachdem die Studenten sich nun seit etwa einem Jahr nach Fachbereichen und Basisgruppen zusammengeschlossen haben, organisierten sich in den letzten Monaten Lehrlinge und Jungarbeiter zusammen mit Schülern und Studenten in Stadtteilbasisgruppen. Aufgrund der bisherigen Isolation der politisch aktiven Arbeiter und Lehrlinge hat es sich als unmöglich erwiesen, Herrschaftskonflikte im Betrieb über einen rein gewerkschaftlichen Rahmen hinauszutreiben und in den politischen Kampf einzubringen.

ORGANISIERUNG AUSSERHALB DES BETRIEBES

Wir haben daraus die Konsequenz gezogen, uns zunächst außerhalb der Betriebe zusammenzuschließen zu Stadtteilbasisgruppen und die Jugendlichen in ihrer Freizeit zur Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen und zur Teilnahme am politischen Kampf anzuregen. Dadurch bilden sich in der Jungarbeiterschaft Kader von politisch aktiven Genossen heraus, die den Kampf in den Betrieben verstärkt wieder aufnehmen. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir, indem wir uns in Arbeitskreisen gemeinsam für den politischen Kampf schulen.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

BILDET SELBSTTÄTIGE GRUPPEN

In unseren dezentralisierten Stadtteilbasisgruppen kann uns keine Gewerkschaftsbürokratie und kein Parteiapparat vorschreiben, was wir zu tun oder zu lassen haben. Denn wir haben eigesehen, daß weder Bundestagsabgeordnete noch Gewerkschaftsfunktionäre unsere Interssen vertreten und auch nicht vertreten können. Die Parlamentarier sind nur an ihr "Gewissen" gebunden, sie können nicht von ihren Wählern kontrolliert werden, sie vertreten nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, sondern die der herrschenden, das heißt derjenigen, die über das Kapital verfügen und somit die Macht im Staat haben. So lehnte z.B. ein Großteil der Bundesbürger die Notstandsgesetze grundsätzlich ab, weil diese Gesetze das proletarische Machtmittel des politischen Streiks verbieten. Dennoch beschränkten sich die "linken" Sozialdemokraten auf bloße Korrektur von Schönheitsfehlern. Deshalb vertrauen wir keiner Partei und Gewerkschaft mehr, sondern nehmen unsere Sache selbst in die Hand.

KAMPF DEM TERROR DES JUGENDAMTES

Diesen Terror bekämpften wir in einer ersten Kampagne: In den Lehrlingsheimen werden die Jugendlichen diszipliniert und - ohne auf ihre Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen - für den kapitalistischen Produktionsprozeß abgerichtet. Gelingt dies nicht, so kommen sie in Erziehungsheime, die nur mit Gefängnissen zu vergleichen sind. Durch Entzug von Taschengeld, durch Prügelstrafe und Androhung von Überweisung ins Erziehungsheim werden die Jugendlichen terrorisiert. Durch unsere Aktionen in Lehrlingsheimen zeigen wir die Unterdrückung auf und zwingen die Leiter, den Lehrlingen Rechenschaft abzulegen. Damit entlarven wir die autoritäre Funktion des Heimleiters, der nichts anderes als ein Handlanger von Jugendamt und Lehrherrn ist. Diese praktische Aufklärung werden wir verstärkt fortsetzen.

"FREISPRECHUNG" FÜR LEBENSLÄNGLICHE ZWANGSARBEIT

Am 25. April wurde von uns die Freisprechungsfeier der Handwerkskammer gesprengt unter der Parole: Drei Jahre Zuchthaus, lebenslänglich Zwangsarbeit! Jeder Lehrling weiß, daß er beschissen und ausgebeutet wird, daß sein "Lohn" ein lächerliches Taschengeld ist. Durch die Freisprechung soll der Eindruck manipuliert werden, als sei dies mit dem Ende der Lehrzeit alles vorbei. Unsere Aktionen werden diese Illusion zerstören. Die Forderung der Gewerkschaften und der SDAJ nach einer besseren Berufsausbildung ändert nichts an der Ausbeutung von Lehrlingen und Arbeitern.

Wir wissen, daß vereinzelte Genossen aus dem Betrieb fliegen, wenn sie politisch aktiv werden. Die Gewerkschaft jedenfalls schützt sie nicht.

WENN WIR UNS EINZELN WEHREN, WERDEN WIR FERTIGGEMACHT - DESHALB MÜSSEN WIR UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN, UM DEN KAMPF AUFZUNEHMEN!

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Adressen von STADTTEILBASISGRUPPEN in Frankfurt:

BORNHEIM, Berger Str. 122
Tel. 43 71 24 /Hanischfeger

NORDEND, Nordendstr. 20
Tel. 59 88 95 /Eurich

NIEDERRAD, Gerauer Str. 69 b
Tel. 67 36 09 /Katarski

Ausserdem gibt es Basisgruppen in Sachsenhausen, Hausen-Rödelheim, Bockenheim, Oberrad, Fechenheim, Neu-Isenburg, Gravenbruch. Adressen (Treffpunkt und Termine) über oben gegebene Adressen.

!!! In eigener Sache !!!

Diese Broschüre, die wir kostenlos verteilen, kostet einen Haufen Geld (ganz abgesehen von der Produktivkraft, die wir an sie verwenden mußten). Papier für Flugblätter, Farbe, Abzugmaschinen, Eier und Tomaten kosten Geld (Steine sind noch kostenlos). Prozesse nach den immer massiveren Polizeieinsätzen kosten Geld. Solange die besprochenen Verhältnisse noch hierzulande herrschen, wird sich daran kaum etwas ändern. Auch deswegen sind wir für ihre Abschaffung!

DESHALB: Republikanische Hilfe
6000 Frankfurt a. M.
Wilhelm Hauff-Str. 5, Tel. 77 60 68
DRESDNER BANK Kto. Nr. 28 28 80

Die REPUBLIKANISCHE HILFE ist übrigens für alle da!!!

druck: politcrack

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

2.5.69

-Abschrift!-

GEGEN POLIZEIEINSATZ: Selbstorganisation

Die Verweigerung der Immatrikulation A. Taheri sowie die studentischen Proteste dagegen, die zum brutalen Einsatz staatlich organisierter Kriminalität führten: Diese Entwicklung kann nicht als "unglücklicher Zufall" gewertet werden. Tatsächlich zerstörte der Knüppel- und Trängengaseinsatz endgültig den Mythos von der Autonomie der Wissenschaft. Die Polizeikontrolle über die Universität ist nur der manifeste Ausdruck all jener sublin gewalttätigen Kontrolle, denen wissenschaftliche Arbeit der Studeten in der bestehenden Ordinarienuniversität unterworfen wird, während gleichzeitig die Kontrolle der Produzenten über ihre Produkte verweigert wird. Die Veranstaltungsformen der Universität (Vorlesungen, Seminare), die den Studenten passive Rezeption zuweisen, bilden diese zu autoritäten Charakteren aus. Die universitären und staatlichen Prüfungen haben längst den Charakter von Leistungsprüfungen verloren und sind zu reinen Instrumenten repressiver Integration und Anpassung geworden.

Prüfungen und Leistungsnachweise in der bestehenden Hochschule können nur als eine spezifisches Instrument der Sozialisation, d.h. Prozesses, der die Individuen funktionsfähig macht für den Produktions- und Reproduktionsprozess der spätkapitalistischen Gesellschaft, gesehen werden. Die in den Prüfungen (wie im übrigen Studienbetrieb) geforderte Triebunterdrückung übt die Individuen in die Anpassung ein, die in ihrer späteren Berufspraxis die gewöhnliche sein wird. Der Leistungsdruck in der bestehenden Ordinarienuniversität, unter dem die Studenten stehen, bereitet die Strukturen vor für eine technokratische Universität, in der das Studium total reglementiert und diszipliniert ist.

Im letsten Semester haben die Studenten begonnen, den Versuch der staatlichen Bürokratie, die Ordinarienuniversität völlig den Bedürfnissen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu unterwerfen, in dem sie im aktiven Streik sich selbst organisierten in studentischen Arbeitskreisen. Diese politische Praxis der Studenten wurde von Staats- und Universitätsadministration abgewürgt. Der Versuch, die Kritik in den bestehenden Wissenschaftsbetrieb hineinzutragen, wurde mit Relegationsdrohungen verhindert.

Das Ordnungsrecht, d.h. die neuen Notstandsgesetze für die Hochschulen, das integraler Bestandteil der technokratischen Hochschulreform sein wird , wie der Terror von Polizei und Klassenjustiz, kriminalisieren, die politische Opposition gegen diesen Staat und sind das Instrumentarium zur völligen Zerschlagung der Protestbewegung. Deshalb verschleiert die bloße Forderung nach Abzug der Polizei aus der Universität nur die bestehenden Verhältnisse: Wenn - wie Rüegg bekundet - Veranstaltungen, um ihren Zwangscharakter vollends deutlich zu machen, unter Polizeischutz stattfinden sollen, kann unsere Antwort nur in folgender Strategie bestehen: wir müssen uns Freiräume im bestehenden Wissenschaftsbetrieb beschaffen, in denen wir studentische Projekte einrichten, deren offizielle Anerkennung durchgesetzt werden muß, in denen esmöglich ist, die noch unpolitischen Studenten zu mobilisieren und Analysen durchzuführen, die wir für unsere politisch verändernde Praxis in den gesellschaftlichen Institutionen außerhalb der Universität brauchen.

Die Perspektive der lehrerausbildenden Fächer kann sein, Möglichkeiten einer späteren nicht -affirmativen Berugspraxis

Archiven von Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

in der Zusammenarbeit mit Schülern und Lehrermm zu entwerfen und einen Organisationszusammenhang herzustellen, indem wir nicht als Vereinselte Repressionen zu dulden und auszuteilen gezwungen sind.

Wir werden in der Vollversammlung der studentischen Seminare als Möglichkeit diskutieren, Widerstand gegen Ordnungsrecht, technokratische Hochschulreform und Staatsterror zu leisten.

KOMMT ZUR VOLLVERSAMMLUNG, am Freitag, 2.Mai, 14 Uhr, Hörsaal III !

Basisgruppe Germanistik

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Offener Brief des Aktionskomitees Demokratischer Studenten ADS

an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Herrn
Professor Butenandt

an den Präsidenten der Deutscher Forschungsgemeinschaft
Herrn Professor Speer

an den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz
Herrn Professor Rumpf

Sehr geehrte Professoren!

Wie wir aus der Presse entnehmen, bezeichnen Sie sich als reformfreudig und halten Reformen innerhalb der Hochschule für dringend notwendig. Außerdem sind Sie der Meinung, daß die Reformen nicht an Symptomen festhalten dürfen.

Wir halten es für erfreulich, daß auch Sie Mißstände an den derzeitigen Hochschulen finden.

Wenn Sie aber sagen, daß Ihre Unzufriedenheit mit den herkömmlichen Strukturen und die berechtigte Kritik an ihrer Handhabung nun jedoch in jetzt zur Beratung stehenden Hochschulgesetzen und Satzungsentwürfen zu Vorstellungen geführt hätten, die weit über die notwendige Korrektur bisheriger Mißstände hinausgehen und Sie dagegen ein Mitspracherecht von Assistenten und Studenten ablehnen, so scheinen Sie nicht die Ursachen der Krise der heutigen Universität erkannt zu haben.

Wenn Sie fordern, daß der Beratung der Forschungsprogramme, der Festsetzung der Prioritäten und bei der Verwertung von Ergebnissen nur die aktiv in der Forschung Tötigen beteiligt sein sollen, und Sie zugleich Assistenten und Studenten eine wissenschaftliche Urteilsfähigkeit absprechen, so kommt darin die Haltung des klassischen Ordinarius zutage, für den der Forscher erst mit der Habilitation beginnt.

Eine ähnliche Haltung zeigt sich auch in der Begründung für Ihre Forderung nach Ausschluß der Öffentlichkeit von Beratungen. Sie behaupten damit, daß sachorientierte Diskussion erst dann zustande kommt, wenn die Professoren unter sich sind.

Die Erfahrung zeigt das Gegenteil.

Wenn Sie dann noch die Ihrer Meinung nach ständestaatlichen Prinzipien in den Strukturreformvorstellungen bedauern, so übersehen Sie, daß gerade die starre Haltung der Ordinarien die anscheinend auch Sie repräsentieren, zu einer Protenbildung in den Hochschulen geführt hat, die nur noch noch durch Mitbestimmung aller an der Hochschule vertretenen Gruppen aufgebrochen werden kann.

Frankfurt, den 8.5.1969

Aktionskomitee Demokratischer Studenten
Frankfurt/Main, Westendstr. 97

ads - ads- ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads -

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

ad-hoc-Gruppe
8.3.69

ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads -

ADS an die ad-hoc-Gruppe

Das ADS hält eine blanke Reaktion auf die Vorlesungsstörungen und andere Ereignisse für falsch. Nicht das Festhalten am Bestehenden kann die Aufgabe des ADS sein, sondern die inhaltliche Neugestaltung von Hochschule und Gesellschaft. Nur so kann Aktionen, wie sie in den letzten Wochen geprägt haben, die Basis entzogen werden.

Das ADS fordert deshalb die ad-hoc-Gruppe auf, ihre inhaltlichen Reformvorstellungen darzulegen. Das ADS ist d a n n zu einer Zusammenarbeit mit der ad-hoc-Gruppe bereit, w e n n diese

a) von der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abgeht
b) sich konstruktiv an der Hochschulreform beteiligt und
c) sich für eine demokratische Neugestaltung von Hochschule und Gesellschaft einsetzt.

ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads - ads

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

8.5.69

T E A C H'- I N D E K A N A T 16 Uhr T E A C H-I N D E K A

Am Donnerstag, den 8. 5. , fand eine Fakultätssitzung der Med. Fak. statt. Um die von der Vollversammlung beschlossene Öffentlichkeit dieser Sitzung zu verhindern, bot man scheinheiligerweise eine außerordentliche öffentliche Fakultätssitzung für den 21. 5. an. Daß aber laut Bestallungsordnung eine öffentliche Fakultätssi tzung nicht beschlußfähig ist, willdie Fakultät erst hinterher von Wiesbaden erfahren haben, wir wußten es vorher und ließen uns auf diese Verschleppungstaktik nicht ein. Das Go-in fand statt. Nach bewährten Vorbild lief die Ordinarien.show ab: Die Sitzung wurde ohne Diskussion abgebrochen, die am Go-in beteiligten Studenten wurden von den Professoren in einem Flugblatt kriminalisiert, das Ordnungsrecht wurde vorweggenommen, indem allen Beteiligten "juristische Folgen" angedroht wurden. Nach der Belehrung aus Wiesbaden ist nun auch keine außerordentliche öffentlich Fakultätssitzung mehr vorgesehen. Stattdessen mauschelte man für heute eine geheime ordentliche Fakultätssitzung zusammen, zu der man zwar nicht studentische Vertreter , dafür aber die Politei zum Schutz der Profssoren und den ihnen hörigen Assistenten gebeten hat.

Beratet gemeinsam euren Widerstand um 16 Uhr auf einem Teach-in
Verhindert, daß an einer kleinen Gruppe von politisch engagierten Studenten das Ordnungsrecht vorweg praktiziert wird !
Kommt massenhaft zuder heutigen Fakultätssitzung und laßt euch weder von einigen Funktionären noch gar von Professoren vertreten !
Unterstützt massenhaft den Kampf der Mediziner gegen eine bornierte , sprachlose Ordinarien- Oligarchie !

16 Uhr TEACH-IN VOR DEM MED. DEKANAT

Linie 8 , 15, 21, bis Theodor-Stern-Kai, direkt neben der Haltestelle.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

9.5.69

S P A R T A K U S - Assoziation Marxistischer Studenten - S P A R T A K

Um was geht es an der Universität?
Dem iranischen Studenten Taheri droht die Abschiebung aus der Bundesrepublik, weil er die "Rückmeldefrist versäumt hat". Er konnte sich nicht rechtzeitig in der Universität zurückmelden, da er zu dem Zeitpunkt widerrechtlich in Polizeihaft gehalten wurde. Nun verweigert die Universitäts-Verwaltung die nachträgliche Einschreibung und unterstützt damit die Polizeibehörden. Wer ein wenig von den Zuständen im Iran unterrichtet ist, weiß, was die Abschiebung in das "Heimatland" für persische Demokraten bedeutet. Die studentischen Demonstrationen richteten sich gegen dies empörende Verhalten der Uni-Bürokratie. Die Antwort der Behörden: Polizei in der Uni, die das Hauptgebäude abriegelt, anschließend in das Studentenhaus eindringt, eine wilde Knüppelei veranstaltet, in einzelne Zimmer einbricht, Studenten durch Glastüren prügelt usw.
"Die Polizei hat den Wahlkampf eröffnet" (so ein AStA-Sprecher). Auf demokratische Opposition reagieren die Herrschenden mit Gewalt. Dann versuchen sie den Eindruck zu erwecken, als gäbe es entweder: IHRE ORDNUNG oder: CHAOS UND BLUTIGE GEWALT.
Das für die Hochschulen vorgesehene ORDNUNGSRECHT zeigt den wirklichen Sachverhalt: Chaos und blutige Gewalt sind in Wirklichkeit Bestandteile der herrschenden Ordnung, der Ordnung der hier noch Herrschenden. Das Ordnungsrecht für die Hochschulen ist ein kleiner Teil der Formierung der gesamten Gesellschaft.
Über Erhards "FORMIERTE GESELLSCHAFT" wird von der CDU nicht mehr laut gesprochen - umso zielstrebiger wird sie verwirklicht: Stück für Stück werden mit Notstandsgesetzen und Vorbeugehaftplänen die Reste der bürgerlichen Demokratie abgebaut und die Machtmöglichkeiten des Staates direkt für die Interessen des großen Kapitals und auf Kosten der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt. Selbstverständlich wird gleichzeitig jede Form WIRKLICHER MITBESTIMMUNG DER ARBEITENDEN KLASSE bekämpft.
Die SPD-Führung hat mit der GROSSEN KOALITION ihren Beitrag dazu geleistet. Das Schema ist einfach: Die Verantwortung für die Regierungspolitik wird mit den Massen sozialdemokratischer Mitglieder und Wähler geteilt, ungeteilt bleibt "nur" die Entscheidung über den Inhalt der Regierungspolitik, sie verbleibt bei den hier wirklich Regierenden. Das gleiche Schema soll mit Hilfe der KONZERTIERTEN AKTION - auch dies ein besonderer Beitrag der SPD-Führung zur CDU-Politik - auf die Gewerkschaften übertragen werden.
Die WESTDEUTSCHE LINKE ist seit dem Kampf gegen die NS-Gesetze vor einem Jahr in heftigen inneren Diskussionen. Linke Sozialdemokraten, Antiautoritäre, Linkssozialisten und Kommunisten haben verschiedene Vorstellungen über Mittel und Wege, über Aktions- und Organisationsformen und über die Möglichkeiten der Formierung einer wirksamen Opposition entwickelt.

WAS BEDEUTET IN DIESEM ZUSAMMENHANG DER
D K P - P A R T E I T A G
FÜR DIE LINKE IN DER BUNDESREPUBLIK ?

SPARTAKUS lädt ein zu einer Diskussion am Freitag, dem 9.Mai 1969, 19.30 h im kleinen Sall des Volksbildungsheims am Eschenheimer Turm.
Es sind eingeladen: Brigitte Freyh (SPD-Kandidatin), Heinz Sauer (Betriebsrat, ADF-Kandidat), H.Matthöfer (IG Metall, SPD-Kandidat), Ellen Weber (DKP, ADF-Kandidatin)

Verantwortlich: Dieter Nix, 6 Frankfurt/Main, Lindenhöhe 1

S P A R T A K U S - Assoziation Marxistischer Studenten - S P A R T A

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Das sogenannte Böse

I. Ziel der Fachschaftsarbeit sollte sein:

- die alleinige Verfügungsgewalt der Ordinarien über den Lehr-, Forschungs- und Prüfungsbetrieb zu brechen
- anstatt dessen institutionelle Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die Studenten der Geschichte ihre Lerninteressen einbringen und durchsetzen können

dafür zu sorgen, daß Forschungsprojekte nicht mehr Sache von Einzelpersonen sind, sondern organisatorisch mitsamt den zur Verfügung stehenden Mitteln (insbesondere zur Literaturbeschaffung) in den Ausbildungsbetrieb einbezogen werden

- Prüfungen auf ihren rationalen Kern (falls ein solcher vorhanden) zu reduzieren.

STATT AUTONOMIE VON LEHRSTÜHLEN AUTONOMIE KRITISCHER WISSENSCHAFT

II. Wie notwendig solche (nunmehr offensiv einzuleitenden) Maßnahmen sind, zeigt die Erfahrung jedes einzelnen von uns (falls er seine Ohnmacht gegenüber der professoralen Vaterfigur nicht schon völlig verinnerlicht hat), hat der "Fall Kluke" im letzten Semester gezeigt und zeigt der "Fall Schubert jetzt:

In einer sogenannten Vorbesprechung hat er (Schubert) sein Thema vorgestellt; es durften Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

Vom Thema, das in methodischer Hinsicht von vornherein verfehlt war, ging er selbst nicht ab, als deutlich wurde, daß er es gegen die Interessen der Mehrzahl der Seminarteilnehmer durchsetzen mußte: seine privaten Forschungs- und Berufsinteressen stellte er höher ("dazu bin ich schließlich Professor").

Kritische Anmerkungen empfander als Störung, zumal wenn sie ohne die Anrede "Herr Professor" vorgetragen wurden. Die letzte Wortmeldung dieser Art bewog ihn, die Seminarsitzung abzubrechen.

Wir werden versuchen, ~~seinen Erpressungen~~ die Solidarität der Seminarteilnehmer entgegenzusetzen. (Die Hälfte war im Anschluß an die geplatzte Sitzung spontan bereit, Schubert durch Unterschrift ihr Mißfallen auszudrücken.) Termin siehe unten.

III. An diesem Konflikt wollen wir die generelle Forderung nach Selbstbestimmung unserer Ausbildung aufhängen; wir fordern mindestens eine gewisse Auswahl im Lehrprogramm jedes Dozenten und das Recht auf eigene Lernveranstaltungen, die zu einem Teil des regulären Ausbildungsbetriebs werden müssen.

Entsprechende Vorschläge für dieses Semester haben wir bereits der Vollversammlung am 30. 4. 69 vorgelegt; sie wurden mit großer Mehrheit angenommen.

In diesen Tagen werden wir von der Basisgruppe aus ein umfangreiches Paper vorlegen, das neben einer Fülle anderer das Historikstudium betreffender Fragen auch ein weiterführendes Modell eines differenzierten Verfahrens bei der Aufstellung der Ausbildungsprogramme zur Diskussion stellt.

Im letzten Semester, in der Phase studentischer Ermüdung, haben die Professoren alle derartigen Forderungen ablehnen können. Diesmal sollten wir es ihnen nicht mehr so leicht machen.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

IV. All dies muß im Zusammenhang einer Strategie stehen, die auf Umverteilung der bestehenden Machtverhältnisse in diesem Historischen Seminar hinzielt:

Wir werden die Frage der (längst überfälligen) INSTITUTSVERFASSUNG forcieren.

V. Alle institutionellen Sicherungen, die wir uns an unserem Arbeitsplatz schaffen, müssen aber gesehen werden im Kontext einer umfassenden (offensiv zu führenden) Abwehrstrategie an der Hochschule überhaupt gegen Versuche der staatlichen Disziplinierung mittels einer technokratischen Hochschulreform und des Ordnungsrechts -- dies letzte nur Perfektionierung der schon jetzt praktizierten Maßnahmen wie Relegationen, Polizeispitzel (siehe FR vom 9. 5.), Einschränkung der Stipendienmöglichkeiten, usf.

VI. Die Schaffung institutionell abgesicherter Freiräume an dieser Universität kann nur Mittel zum Zweck der Ermöglichung einer ihrer politischen Implikationen bewußten Wissenschaftspraxis sein.

Daher wird für unsere Fachschaftsarbeit gelten:

- weg vom Repräsentativsystem
- Organisation von der Basis her
- politische Selbsttätigkeit

Wir werden einerseits eine dezidierte Politik betreiben, andererseits für höchste Öffentlichkeit sorgen.

W i r w e r d e n e u c h p e r m a n e n t m i t e u r e n e i g e n e n A n g e l e g e n h e i t e n b e h e l l i g e n ( ) g l a u b t n i c h t , d a ß i h r s i c a n u n s a b s c h i e b e n k ö n n t !

BERND FISCHER
HARALD GEISS
ALTER KAHN
GERD KOENEN
WOLFGANG PETERMANN
ROBERT ETTY
CORNELIA WALTHER

Basisgruppe?

TREFFEN ALLER TEILNEHMER DES SCHUBERT-SEMINARS : Montag, 12.5., 14 Uhr im Hist. Seminar

Basisgruppe: jeden Dienstag 17 Uhr im Hist. Sem.

Freies Seminar "Zur politischen Funktion der Geschichtswissenschaft" jeden Mittwoch 16 Uhr im Hist. Sem.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Neurotische Professoren verweigern Studenten das Gespräch

Am 17. 1. 69 (siehe Sectio Nr. 1/69) beschloß die VV der Mediziner die Öffentlichkeit der Fakultätssitzung, um unsere Interessen nicht länger professoraler Willkür ausgesetzt zu sehen.
Am 24. 4. 69 stellten ca. 35 Studenten aus den gleichen Gründen die Öffentlichkeit einer Kommission für studentische Angelegenheiten her. In dieser stand auch das Problem der Zwischenprüfungen auf der Tagesordnung. Ohne überhaupt das Problem anzureissen, verwies Prof. Vosteen auf sein Hausrecht und ließ die Sitzung platzen mit der Begründung, unter so großer Beteiligung von Studenten sei eine Diskussion nicht möglich.
Trotzdem zeigten wir uns weiterhin zum Gespräch bereit und luden alle Studenten und Professoren zu einer öffentlichen Kommissionssitzung am 7. 5. 16 Uhr ein. Wie zu befürchten war, erschienen nur 4 Professoren und 3 Assistenten und ca. 40 Studenten. Die Behauptung von Prof. Vosteen, in einem so großem Ramen nicht diskutieren zu können, erwies sich als falsch.
Die geringe professorale Beteiligung an solchen Diskussionen weist auf deren völlige Interesselosigkeit an studentischen Belangen hin. Das zeigte uns erneut, wie nötig es ist, die Öffentlichkeit der Fakultätssitzungen herzustellen.
Auf der Fak. Sitzung vom 8. 5. wurde ein Antrag von Prof. Hövels, der auf die Liberalisierung von Zwischenprüfungen abzielte, mit der Begründung abgelehnt, man sei auf dieses Thema nicht vorbereitet. Ein Antrag eines Fachschaftsprechers, die Öffentlichkeit dieser Sitzung zu beschließen, wurde einstimmig abgelehnt. Ebenfalls weigerte man sich, studentische Angelegenheiten von der Tagesordnung zu streichen.

Daraufhin stellten ca. 40 Studenten die Öffentlichkeit der Sitzung her, indem sie ruhig das Sitzungszimmer betraten. An einer sachlichen Diskussion offensichtlich uninteressiert, brach der Dekan die Sitzung sofort ab. Interessierter war man mehr an einer Zusammenarbeit mit den Handlangern des autoritären Staates: an der Peripherie des Klinikgeländes waren Mannschaftswagen der Polizei postiert,
vor dem Dekanat wurden die ankommenden Studenten fotografiert und vor dem Sitzungssaal von politischer Polizei beobachtet.
Auch einige der Professoren versuchten sich als Spitzel zu betätigen, indem sie die Identität der Studenten festzustellen versuchten.

b. w.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Die Ordinarien sind an einer Zusammenarbeit mit Studenten nicht interessiert

Die Ordinarien kriminalisieren engagierte Studenten

Die Ordinarien schützen ihre nicht legitimierte Machtposition durch die Polizei

Diskutiert über Maßnahmen gegen diese Notstands - Fakultät

auf der

Vollversammlung der Mediziner

Di, den 13. 5., 10 Uhr

fachschaft medizin fachschaft medizin fachschaft medizin fachschaft medizin

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

14. MAI 1969

Antwort auf das Flugblatt des ADS vom 9. Mai 1969

Dem ADS zur Kenntnisnahme:

In einem Flugblatt am 5. Mai und auf der Pressekonferenz am 7. Mai haben wir klargestellt, dass

1. sich die ad hoc-Gruppen der juristischen, WISO sowie Studenten anderer Fakultäten s p o n t a n zum AD HOC zusammengeschlossen haben.
2. sich der AD HOC generell von Gewaltmassnahmen als Mittel der politischen Auseinandersetzung distanziert.
3. sich der AD HOC ja gebildet hat, um konstruktive Vorschläge nicht n u r zur Hochschul- sondern auch zur Studienreform zu erarbeiten. Beide Reformen lassen sich doch nicht voneinander trennen!
4. der AD HOC mit allen Gruppierungen an der Hochschule (Studenten, Professoren und Assistenten) konstruktive Zusammenarbeit wünscht.

Der Begriff "demokratische Neugestaltung der Gesellschaft" unter Punkt c im Flugblatt des ADS ist so unklar, dass er genauer definiert werden müsste.

Aus dem bisherigen Auftreten des ADS ist nicht zu entnehmen, dass es solche Formulierungen ernst meint. Wir fordern daher das ADS zu einer Diskussion über dieses Thema auf.

Frankfurt/Main, 17. Mai 1969

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Der Rektor
der Johann Wolfgang Goethe
Universität Frankfurt a.M.
14. MAI 1969

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

BEKÄMPFT DEN ORGANISIERTEN NEO-FASCHISMUS !

Am kommenden Freitag findet in Aschaffenburg/Main eine Großveranstaltung der NPD mit Adolf v.Thadden statt.
Nach den letzten Wahlerfolgen der NPD in den vergangenen Jahren und dem vorweggenommenen Bündnis von CDU/CSU mit NPD anläßlich der Bundespräsidentenwahl wird deutlich, daß die NPD inzwischen fest in eine reaktionäre Strategie eingebaut ist und damit mehr ist als nur ein Täuschungsobjekt, das von autoritär-undemokratischen Praktiken aus der Mitte der sog. "demokratischen Parteien" ablenken soll. Antifaschistischer Kampf heute darf sich nicht allein im Abbau autoritärer Potentiale, in verbaler Solidarisierung mit dem griechischen Volk erschöpfen - der Kampf muß sich direkt und aktiv gegen die wachsende organisierte Massenbasis des Faschismus richten, wo und in welcher Art auch immer er in Erscheinung tritt. Macht die tatsächlichen Fronten in dieser Gesellschaft deutlich! Zeigt Thadden und seinen heimlichen Sympathisanten, daß der Faschismus zwar nicht mit Benda, dafür aber mit uns zu rechnen hat!
Kommt den Genossen in Aschaffenburg zu Hilfe!!!

Die NPD-Versammlung findet am

Freitag, dem 16.Mai 1969, um 2o Uhr
in Aschaffenburg am Main (ca. 35 km von Ffm.)
in der Turnhalle des TUS-Damm, Schillerstr.70

statt. Bitte kommt möglichst schon etwas früher dorthin. Eine beschränkte Anzahl von Demonstranten kann auch mit dem Autobus befördert werden;

Treffpunkt: um 18 Uhr am Opernplatz.

Jungsozialisten Hessen-Süd
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

K E I N

A S T A - Z W A N G S B E I T R A G !

Haben Sie sich eigentlich schon einmal Gedanken darüber gemacht, daß Sie Mitglied einer Zwangskörperschaft sind? Daß Sie für diese Zwangskörperschaft - die Studentenschaft, deren Exekutivorgan der AStA ist - einen Zwangsbeitrag zahlen?

Die Funktionäre des AStA maßen sich seit langem rechtswidrig ein politisches Mandat an. Sie geben im Namen aller Studenten - also auch in Ihrem Namen - politische Stellungnahmen ab, sie versenden fragwürdige Solidaritätstelegramme und führen in unser aller Namen politisch bedenkliche Aktionen durch.

W O L L E N S I E S I C H P O L I T I S C H

K A S T R I E R E N L A S S E N ? -

Wollen Sie, daß gegen Ihre politische Meinung (es braucht ja nicht gerade unsere zu sein!) gehandelt wird? Wollen Sie, daß den gesetzwidrigen Aktionen des AStA der Anschein verliehen wird, a l l e Studenten billigten diese?

Erinnern Sie den AStA nachdrücklich daran, daß er I h r e Vertretung ist! Erinnern Sie ihn daran, daß politische Stellungnahmen Sache der politischen Hochschulgruppen ist! Erinnern Sie ihn daran, daß Generalstreiks einer Urabstimmung bedürfen - nicht auf einem Teach-in des SDS, sondern so wie es die Satzung der Studentenschaft vorschreibt! Erinnern Sie den AStA daran, daß er für S i e, und nicht Sie für ihn da sind!

LEISTEN SIE KEINEN ASTA - ZWANGSBEITRAG!
ZAHLEN SIE 1o.- DM WENIGER, ALS IHR GEBÜHRENBE - SCHEID AUSWEIST ! !

= AStA - Gebühren

Im Entscheid des Verwaltungsgerichtes Sigmaringen vom 2.7./27.9.68 (Az III/ 214/68) wird generell die Berechtigung einer öffentlich-rechtlichen Zwangskörperschaft als Studentenschaft bezweifelt. Daraus wird der Schluß gezogen, die Verweigerung der Gebühren sei zulässig.

In Darmstadt wurde dem AStA der TH Darmstadt bereits durch die Hochschulverwaltung mitgeteilt, nach § 12 der Gebührenordnung des Landes Hessen für die wissenschaftlichen Hochschulen vom 25.5.1967 (abgedruckt im Staatsanzeiger 1967 / S.711) sei eine Beitreibung der AStA - Beträge nicht zulässig.

Rektor Rüegg erklärte während der Semesterferien in einem Gespräch mit der Frankfurter Presse, er sehe nun ebenfalls keine Möglichkeit mehr, dem AStA zu helfen.

MACHEN SIE ES WIE DIE BERLINER KOMMILITONEN !

IN BERLIN HABEN BEREITS JETZT SCHON 6o % ALLER STUDENTEN DIE ASTA - ZWANGSBEITRÄGE VERWEIGERT!

(ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin liegt ebenfalls schon vor!)

Vergleichen Sie einmal Ihre Zahlungen mit dem Haushalt der Studentenschaft!
Die "Wahrnehmung hochschulpolitischer Belange der Studentenschaft" äußert sich in Streiks, Go-ins und ähnlichen Aktivitäten der politischen Linken
"Wirtschaftliche Selbsthilfe" erstreckt sich auf Unterstützung geldverschleißender Aktionen wie die SDS - Kampagnen und Rechtshilfen für "unverschuldet" in die "Fänge der Justiz" geratenen "Kommilitonen"!

Und so geht es endlos weiter!

LEISTEN SIE DEM MISSBRAUCH STUDENTISCHER GELDER -

I H R E R G E L D E R

- K E I N E N V O R S C H U B !

archiviert von Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

19.5.69

2. Dies bedeutet:
   a) Konzentrierung der Forschung (und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses) in der Aufbaustufe,
   b) faktische Annäherung von Fachhochschule und Universitätsgrundstufe.

3. Rationalisierung, d.h. exemplarische Gestaltung der Zwischenprüfungen im Grundstudium. Keine vorherige "Durchfallquote"!

4. Auskunftspflicht der Professoren zur Begründung der Prüfungsergebnisse.

5. Kontrolle der Anforderungen.

6. Verkürzung des Studiums durch exemplarische Materialbehandlung.

7. Konstruktive öffentliche Vorlesungskritik an hierfür einzurichtenden Informationsbrettern: mit Möglichkeit der Erwiderung für den Betroffenen!

IV. Studentische Selbstverwaltung:

1. Ablehnung des weder politisch noch rechtlich haltbaren sogenannten "politischen Mandats" sowie des damit zusammenhängenden neuen Wissenschaftsbegriffes der studentischen Linken!

2. Zwangsfinanzierung von Studentenzeitungen nur aufgrund einer Urabstimmun der Studentenschaft!

3. Urwahl der VDS - Vertreter direkt durch die Studentenschaft!
   Eventuell auch Urwahl des AStA - Vorsitzenden (je nach Universität!)!

4. Öffentliche Rechnungslegung der studentischen Gelder!

---

3. Studentenschaft: in allen akademischen Gremien vertreten mit 3o % (dazu Mittelbau 3o%, Professoren 4o %)
   Vetorecht bei Prüfungsordnungen, Studienplänen: Hierüber können sich Professoren und Mittelbau nur mit 2/3 Mehrheit hinwegsetzen. Mitbestimmung bei allen Universitätsangelegenheiten, außer: finanzieller und personeller Planung der Forschung. Für Studenten mit abgeschlossenem Grundstudium: auch Mitbestimmung bei Berufungen!

4. Mittelbau: Volle Mitbestimmung!

5. Vermehrung der Dozentenzahl in Richtung auf einen Lehrstab!

6. Vermehrung der Assistenten: höchstens 5o % der Zeit für Lehr- und Verwaltungstätigkeit! Beamtenverhältnis auf Zeit: nach 3 Jahren entscheidet die Fakultät (bzw. Abteilung) über Zulassung zur Habilitation.

7. Promotion und Habilitation: Vor Fachgremien (also o h n e "Doktorvater") unter Heranziehung von Professoren anderer Universitäten.

8. Öffentliche Ausschreibung der Lehrstühle statt "Berufung"!

III. Reform des Studienganges

1. a) Grundstudium: Examen vollwertiger Abschluß! ("kleine Fakultas") Dient den Erwerb des Grundwissens und der Heranführung an die Methodik wissenschaftlichen Arbeitens: verbindlicher, gestraffter Studienplan!
   b) Abschlußprüfung berechtigt zum: Aufbaustudium: selbständiges wissenschaftliches Arbeiten. Spezialisierung. Abschlußprüfung ("große Fakultas"). Hieran kann sich anschließen:
   c) Promotion: Hierbei sollte bereits in verstärktem Maße eine Professor unterstützende Lehrtätigkeit möglich sein.

archiviert von Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

DER LEITER DES SLAVISCHEN SEMINARS HAT ERKLÄRT, DASS ER FÜR DIESES SEMINAR NICHT ZUSTÄNDIG IST;
und das nicht allein damit, daß er sich für die Russisch-Ausbildung der Studenten nicht zuständig weiß: "ICH BIN KEINE SPRACHSCHULE!"

Im vergangenen Semester veranstaltete Rammelmeyer ein Hauptseminar über Čechov. An diesem Seminar nahm u.a. auch der Genosse Schoeneberger teil. Er fertigte im Rahmen des Seminars ein Referat an, dessen Thema von Rammelmeyer gestellt und somit genehmigt war. Nach der gängigen Praxis wird die Teilnahme an einem Seminar und die Anfertigung eines Referats mit einem benoteten Schein "honoriert"; der Genosse Schoeneberger hat jedoch bis heute - 2 1/2 Monate nach Abgabe des Referats - keinen Schein erhalten.

Nach den Äußerungen der Assistentin Döring, die Rammelmeyer im Hauptseminar assistiert, beabsichtigte Rammelmeyer das Referat mit "nicht ausreichend" zu bewerten. Als jedoch Frl. Döring und einige Teilnehmer des Hauptseminars anderer Meinung waren, lehnte er die Bewertung mit der Begründung ab, er sei befangen. Frl. Döring erklärte, sie habe inzwischen "zwei Anläufe" in dieser Sache bei Herrn Rammelmeyer unternommen, aber im Augenblick sei es, ihrer Meinung nach, wegen der zerbrochenen Scheiben im Seminar und der übrigen Ereignisse an der Universität völlig unmöglich, mit ihm darüber zu reden: "Man muß einen günstigen Augenblick dafür abwarten."

DAS STUDIUM AM SLAVISCHEN SEMINAR IST ABHANGIG VON DEN LAUNEN ALFRED RAMMELMEYERS.

Aber dieser Fall lehrt uns noch mehr:
Indem Rammelmeyer es ablehnt, das Referat eines Studenten zu bewerten, der die Verhältnisse am Seminar kritisiert und sich politisch engagiert hat, damit eine Fortsetzung seines Studiums gefährdet, hat er auf sehr subtile Weise bereits das bevorstehende Ordnungsrecht angewendet und gleichzeitig alle Studenten gewarnt, am Slavischen Seminar Kritik zu üben, wenn sie ihr Studium unbeschadet absolvieren wollen.
Indem Rammelmeyer es nicht für nötig befand, mit dem Genossen Schoeneberger über das Referat zu diskutieren, hat er bewiesen, daß er unfähig ist, ihm fremde Argumentationen zu akzeptieren, geschweige denn nachzuvollziehen. Er wird somit nicht einmal der simpelsten Forderung von Wissenschaftlichkeit gerecht. Auch ist dies nicht das erste Mal, daß er sich einer inhaltlichen Diskussion mit Studenten entzogen hat: Wir haben im WS sattsam erfahren müssen, daß dieser Mann nicht fähig ist zu diskutieren und daß er seine totale Hilflosigkeit den Studenten gegenüber nur mit brutalem Zynismus und legalistischer Paragraphenklauberei kaschieren kann. Diese Unfähigkeit setzt sich fort über Müllers Proseminar, Wassilevs Altkirchenslavisch-Übung bis hin zu Mannewitz' Russischunterricht und erweist sich so als absolute wissenschaftliche Unfähigkeit: Rammelmeyer spricht fließend Russisch - was nicht sein Verdienst ist - und alles andere hat er sich ersessen.

Wer an diesem Seminar überflüssig ist und den allgemeinen Betrieb boykottiert sind nicht die Studenten, die sich in der Basisgruppe politisch organisiert haben, sondern der Ordinarius Rammelmeyer. Um das Seminar wieder funktionsfähig zu machen und den Studiengang nach unseren eigenen Bedürfnissen zu strukturieren, müssen wir uns intensiver als bisher im aktiven Widerstand gegen die professorale Interssenpolitik und das administrative Ordnungsrecht organisieren.

Im Fall Schoeneberger wird Rammelmeyer hiermit aufgefordert, bis

b.w.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

zum Freitag, dem 23.5.69, um 12 Uhr den benoteten Schein zum Abholen im Geschäftszimmer zu deponieren. Sollte das nicht geschehen, wird unverzüglich gerichtliche Klage gegen ihn eingereicht werden. Außerdem behalten wir uns vor, bei einer evtl. nicht adäquaten Bewertung des Referats gerichtliche Maßnahmen einzuleiten.

Basisgruppe Slavistik
Fachschaftsvertretung Slavistik

FÜR SIE BIN ICH IMMER DA.
IHR WIEN.
DIE BASISGRUPPE FÄHRT SIE HIN.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

19.5.69

Das „Marburger Programm" des NHB

HOCHSCHULPOLITIK - DIE KONZEPTION DES NHB:
LEISTUNGSUNIVERSITÄT UND OFFENE GESELLSCHAFT -
EINE KURZFASSUNG

I. Bildungspolitische Grundforderungen:

1. Abbau landesrechtlicher Kompetenz: der Föderalismus des Bildungswesens ist eine Katastrophe! Er ist ein sachfremdes Dogma, das auf Kosten der Lehrenden und Lernenden gepflegt wird. Das gesamte Bildungswesen nach dem Abitur ist in die Hände des Bundes zu überführen ("Bundeskultusministerium")!

2. Verstärkte Bildungswerbung, vor allem auf dem Lande; zugleich aber auch Bedarfsplanung verbunden mit Niveauerhöhung der weiterführenden Schulen. Ziel: bessere Auslese!

3. Verstärkter Ausbau von mittlerer Reife, bzw. Volksschulabschluß zur fachgebundenen Hochschulreife.

4. Beschleunigter Ausbau des Fachhochschulwesens: der Übergang zur Universität ist verstärkt zu ermöglichen.

II. Universitätsreform:

1. Gegen Rektorats-, für Präsidialverfassung.

2. Umgliederung der Fakultäten in Abteilungen: interdisziplinäre Kooperation!
   a) Kollegiale Führung
   b) Vergabe personeller und finanzieller Mittel durch den Abteilungsrat (aus: Professoren, Vertreter des ak. Mittelbaues, Studenten mit abgeschlossenem Grundstudium)

Wenn Sie sich mehr für die NHB - Hochschulkonzeption interressieren, so verlangen Sie bei unseren Flugblattverteilern oder direkt über unsere Adresse das "Marburger Programm des NHB" für -,30 DM.

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN!

Ich interessiere mich für den NHB.

○ Ich möchte Mitglied werden.

○ Ich bitte um einmalige / regelmäßige Zusendung von Informationen.

Meine Anschrift lautet:

_____

_____

_____

Herausgeber: NHB-Hochschulgruppe Ffm. Universitätspoststelle
Verantwortlich: Helmut Deckert, 6 Ffm. 1 Nibelungenallee 55
Nachdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet!

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Giftpilz à la carte:

WRINNERN SIE SICH NOCH?
AN WAS? ACH JA, VERGESSEN MACHT'S LEICHTER!
AN DEN "Giftpilz" des ADS (DAS SIND WIR - DER NHB)

Zu der biologischen Betrachtung des ADS bleibt - fachkundig - nachzutragen:
Giftpilze haben so ihre Eigenart. Sie wachsen zwar in kleineren Mengen, aber dafür umso beharrlicher. Haben Sie schon 'mal gesehen, daß harmlose Speisepilze lange stehen bleiben? Die aufmerksam-durchdacht-sachliche Kräutertante frißt sie alle - kritiklos! Offensichtlich hatte sie auch einen Giftpilz verspeist, denn prompt hatte sie sich den Magen verdorben; gute Genesung!
Nun erkennt man Giftpilze im allgemeinen an ihren Farben: leuchtend! Oft Rot-weiß, wenn es z.B. ein hessischer Fliegenpilz ist! Speisepilze, die keinen weh' tun, hingegen an unauffälligen Blau. Denken Sie daran! Ihr Magen dankt es Ihnen!
Außer Pilzen können Sie sich auch mit Tieren beschäftigen - biologisch natürlich! Känguruhs haben immer den großen und - erkennbar - leeren Beutel! Katzen hingegen sind intelligent und anhänglich, wenn Sie 'mal schnurren!

BIOLOGEN ALLER LÄNDER - VEREINIGT EUCH!
ESST MEHR PILZE UND IHR BLEIBT GESUND!

Frankfurt NHB

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

21.5.69

Kampf den Notstandsgesetzen
Der Universität
Heute: Zentrales Treffen aller
Basisgruppen: 19 Uhr HS VI

In vier Wochen, am 18.Juni 1969, wird das hessische Hochschul- und Ordnungsgesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Damit wird der permanente Ausnahmezustand über die Universität verhängt.

Das Ordnungsgesetz hat zur Folge:

+ Studenten, die an einem Sit-In teilnehmen, werden relegiert
+ Jede Kritik in den Vorlesungen wird durch unmittelbare Zwangsmaßnahmen unterbunden
+ Das Ordnungsgesetz beseitigt auch formal Meinungs-, Lern- und Koalitionsfreiheit an der Universität

Die Verabschiedung dieser Gesetze ist nicht zu verhindern. Wir können aber diese Gesetze an der Universität unwirksam machen.

Dazu ist es notwendig,

daß die Studenten ihren Ausbildungsgang selbst organisieren,

daß die Studenten die Professoren ihrer Fächer zwingen, relegierte oder unter Hausverbot stehende Studenten weiter in den Seminaren studieren zu lassen.

Wir müssen es allen Professoren unmöglich machen, selbst zum Ordnungsgesetz zu greifen und kritische und politische Studenten zu denunzieren,

Dazu ist es zuallerst notwendig, daß sich die Studenten massenhaft in den Basisgruppen organisieren. Von den Basisgruppen aus kann der Kampf für die Kontrolle der Studenten über ihren Studiengang geführt werden und der politische Widerstand gegen den ordnungsgesetzlichen Ausnahmezustand entfacht werden.

Zentrales Treffen aller
Basisgruppen
Heute, Mittwoch, 19 Uhr, HS VI

Kampf den Notstandsgesetzen
Der Universität

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

ZENTRALRAT ZUR BEFREIUNG DER VORDIPLOMANDEN 21.5.69

Resolution

Wir fordern:

1. Aufschub des Prüfungstermins

Die Vordiplomanden, als Teil der politisch aktiven Studentenschaft, sahen sich auf Grund der Vorgänge an der Universität politisch nicht legitimiert, akademische Papers zur Soziologieprüfung anzufertigen, da die zur Produktion der Papers erforderliche Zeit notwendige politische Praxis verunmöglicht hätte.
Zudem wurden durch die Strategie der Ordinarien, die Entscheidungen hinauszögerten, sowie durch juristische Drohungen und infame Informationspolitik die Prüfungskandidaten als Individuen verunsichert und ihrer Leistungsmotivation (kollektive Arbeitspapers) beraubt. Diese Taktik verhinderte kollektive Organisation und verbindliche Arbeit.
Unlegitimiert erscheint deshalb auch die autoritäre Festsetzung eines Termins, der nicht einmal mit den arbeitenden Gruppen, deren Produkte doch immerhin zur Diskussion stehen, abgestimmt wird.

2. Änderung des Modus der Bewertung

Als notwendige Konsequenz aus der 1. Forderung ergibt sich die Änderung der Bewertung der kollektiv angefertigten Papers. Eine weitere Ausführung erübrigt sich, da in Diskussionen mit Assistenten ein Konsens gerade über dieses Problem erzielt wurde (siehe Assistentenpaper).

3. Änderung der mündlichen Prüfung

Als weitere Konsequenz muß eine neue Form der mündlichen Prüfung geschaffen werden. In dem Augenblick, wo sich verbindlich arbeitende Gruppen konstituiert haben, wird jeder Versuch der Herauslösung Einzelner aus diesen Kollektiven zu einem weiteren Diziplinierungsmittel gegen aktive Studenten.

Hier wird ganz deutlich, warum gerade unsere Aktion auch als Widerstand gegen die drohende technokratische Hochschulreform zu interpretieren ist. Genau in diesem Rahmen werden sich solche Art von Disziplinierungen weiter verstärken, was nur zu verhindern ist durch faktische und kollektive Antizipation von Gegenmodellen.
Nur eine Diskussion zwischen Professoren, Assistenten und Studenten über diese Papers - als Form der mündl. Prüfung - kann sinnvoll sein.

V O R D I P L O M S C H A F F T A P A T H I E
V O R D I P L O M M U S S W E G !

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

25.5.69

spartakus - spartakus - spartakus - spartakus - spartakus - spartak

FÜR DIE ANERKENNUNG DES SPARTAKUS ALS HOCHSCHULGRUPPE! POLITISCHE HOCHSCHULGRUPPEN STATT MARXISIERENDE BILDUNGSZIRKEL! WIDER DIE JURISTISCHE MAULKORBPOLITIK DER UNIVERWALTUNG!

am 25. Mai stellte der Spartakus bei der Uni FfM den Antrag auf Registrierung als politische Studentenvereinigung. Dies ist notwendig, um an der Uni Hörsäle, ständige Arbeitsräume, aber auch finanzielle Beiträge zur Gruppenarbeit zu bekommen - vor allem für Gruppen, die nicht, wie das ADS, auf kapitalstarke Gönner sich stützen können, auch finanziell eine wichtige Angelegenheit. Bei Nichtanerkennung ist zudem der Aktionsbereich einer Gruppe stets juristisch bedroht.

In der Präambel unserer Satzung, die dem Antrag beigefügt war, heißt es u.a. : "Im Bereich der Hochschule erstrebt die Vereinigung (=Spartakus) eine Demokratisierung der Hochschule im Rahmen einer demokratischen Veränderung des gesamten Bildungs -und Gesellschaftssystems. Dieser Kampf ist Bestandteil des Kampfes der Arebeiterklasse gegen das Monopolkapital und seinen Vertreter, der Staat. Kurzfristiges Ziel des Spartakus ist es, eine gemeinsame Front zu bilden mit allen demokratischen und sozialistischen Studenten gegen alle Maßnahmen, die Universität zu formieren, um sie den Interessen des Monopolkapitals unterzuordnen."

Nach einem Vierteljahr entschloß sich Justitiar Riehn zu antworten, um dann den Antrag mit folgender "Begründung" abzulehnen: "Die Präambel enthält nicht die ... notwendigen Bestimmungen, daß die Vereinigung sich verpflichtet, jegliche Parteipolemik aus der Hochschule fernzuhalten (?!) alle Kundgebungen innerhalb des Hochschulgeländes zu unterlassen (?!!) und sich jedes Versuch der Einflußnahme auf das wiss. und verwaltungsgemäße Gefüge der Hochschule zu enthalten (!!!?!)."

Dazu 1.) Herr Riehn und die Universitätsadministration erwarten also vom Spartakus, daß er in seine Präambel Passagen aufnimmt, die der Politik und den Zielen einer sozialistischen Hochschulgruppe unmittelbar widersprechen.

Die Universitätsadministration verlangt, daß sich der Spartakus satzungsgemäß aller parteilicher Äußerungen enthalte. Da aber der Kampf zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse u.a. als Kampf zwischen den Parteien des Monopolkapitals und der Partei der Arbeiterklasse geführt wird, kämpfen wir als marxistische Gruppe selbstverständlich an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei und bringen das auch in unserer Satzung zum Ausdruck !

2.) Herr Assesor Riehn erwatet, daß Spartakus sich selbst einen Maulkorb umhängt, sich verpflichtet, "alle Kundgebuungen an der Hochschule zu unterlassen ... " sollen studentische Massen sich in ihren Studierstuben versammeln und sonst nirgends ?

3.) Herr Riehn bzw. die ultra-reaktionäre Zulassungsordnung, hinter der er sich versteckt, fordert, daß Spartakus sich selbst verpflichtet, jeden "Versuch der Einflußnahme" auf die beiden wichtigsten Bereiche der Hochschule, den wissenschaftlichen

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

und den Verwaltungsbereich, zu unterlassen. Während sich also der Wissenschaftsrat, der Bundesverband der Deutschen Industrie, die kapitalgesteuerte Max - Planck - Gesellschaf6 usw. immer erfolgreicher bemühen, nachhaltigen Einfluß auf die Hochschulen und ihre Entwicklung zu nehmen, während bürgerliche Parteien längst ihren Fuß in der Universität haben, soll eine sozialistische Studentenvereinigung sich freiwillig aus den Klassenauseinandersetzungen heraushalten, im Grunde ganz auf Hochschulpolitik verzichten!

Dies trifft aber nicht nur den Spartakus, sondern alle oppositionellen Studentengruppen: nach dieser Zulassungsordnung kann jede politische Gruppe suspendiert (und ihre Mitgliedschaft gemaßregelt werden) bei der der Rektor auch nur den Verdacht hat, daß sie gegen die 'gute Ordnung der Universität' in irgendeiner Weise verstößt. Faschistische Gruppen wie den NHB zu verbieten hat diese Zulassungsordnung jedoch offensichtlich keine Handhabe geboten!
Es ist erstaunlich, daß sowohl der SHB wie auch seinerzeit SDS und LSD sich dieser Zulassungsordnung de jure gebeugt haben, indem sie eine 'gereinigte' Satzung vorlegten, ohne zumindest die Universitätsöffentlichkeit über diese reaktionären Bedingungen informiert zu haben. Unter anderen politischen Konstellationen als den jetzigen kann eine solche Ordnung zum praktikablen Hebel für administrative Zwangsmaßnahmen gegen mi[redacted] liebige Studentengruppen werden, mögen diese in ihren Satzungen auch noch so eifrig die Bedingungen der Zulassungsordnung erfüllen !
Zudem können wir gerade auf diesem Gebiet ermessen, wie wenig die sogenannte 'Hochschulreform wirklich Fortschritte auch im formalen Aktionsbereich demokratisch engagierter Studentengruppen bringt, da weder im Hess. Hochschulgesetz (HHG) noch im Hess. Universitätsgesetz (HUG) oder gar in Leussinks 'Thesen' der verfaßten Studentenschaft (wozu nicht die selbstorganisierten politischen Studentengruppen gehören) anderes als eine diffuse 'Wahrnehmung studentischer Belange' 'Pflege des Studentensports (Kriechen und Beugen ?) und der kulturellen Belange der Studenten' zugestanden wird - was fatal an den Geist der jetzigen Zulassungsordnung aus den schönsten Tagen der Ordinarienuniversität erinnert. Überflüssig, daran zu erinnern, daß auch in den Gremien studentischer Mitbestimmung ein realer Einfluß auf relevante Entscheidungen kaum möglich sein wird.
Wen sollte das auch wundern, bedeutet doch 'Reform' der Hochschule für Kapitalvertreter wie Leussink und seine Mannen : Zwangsformierung der Universität hin zur Produktionsstätte politisch indifferenter, scheinbar neutraler Experten (sprich Fachidioten) , Ausschaltung aller 'störenden' Faktoren, also vor allem der Vertreter wirklich fortschrittlicher und revolutionärer Politik an den Hochschulen, und das sind vor allem Gruppen wie der Spartakus.
Der Spartakus läßt sich nicht stillschweigend reglementieren ! Wir fordern stattdessen : Ersatzlose Streichung der gültigen Zulassungsordnung und Registrierung des Spartakus als politische Studentenvereinigung! Gegen alle Formen eines politischen Sonderrechts an den Hochschulen, für eine Wissenschaft des Fortschritts, nicht der wachsenden Ausbeutung!

Protestiert mit eurer Unterschrift gegen die Nichtzulassung von Spartakus und gegen die reaktionäre Zulassungsordnung !

spartakus - spartakus - spartakus - spartakus - spartakus - spartaku

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

SDS SDS SDS

Streikbeschluß. Solidaritätsaktionen an anderen Universitäten. Aufhebung des Ausgangsverbots für die Stadt, Konzentration der Gewalt auf dem Campus.

24. Mai. - Ein public hearing in der City Hall fordert vom Governeur Reagan den Notstand aufzuhaben und die Truppen abzuziehen. Reagan lehnt ab.

26. Mai - Beginnen des Streiks an allen kalifornischen Universitäten.

Für Freitag, 30. Mai - Ablauf des Ultimatums den Park freizugeben. Ein friedlicher Marsch mit 50000 Teilnehmern ist geplant.

Die Studenten hatten mit der Forderung nach einem people park ein bürgerrechtliches Interesse wahrgenommen; militanter Widerstand war nicht zu erwarten. Die Unverhältnismäßigkeit des Einsatzes von Staatlicher Gewalt bis zur bürgerkriegsähnlichen Situation macht deutlich, daß es nicht darum ging einen kommunalen Konflikt beizulegen. Der Einsatz von Machtmitteln einer unorganisierten, moralisch mobilisierten Studentenschaft gegenüber sollte exemplarisch Maßnahmen gegen politische Opposition einüben. Einkalkuliert war offenbar, daß sich radikale Organisationen wie die Black Panthers nicht praktisch solidarisieren konnten, da sie momentan im ganzen Land gejagt werden.
Der Gewalteinstz war geplant und bewußt initiiert - durch die Informationssprerre war es möglich, ohne die Gefahr öffentlicher Kontrolle faschistische Unterdrückungsmethoden zu praktizieren.
Am Verschweigen der deutschen Presse wird die Interesseninadentität von tendentiell totalitären Systemen kenntlich - symptomatisch genug, daß grade die Frankfurter Rundschau keine Ausnahme macht, die sonst mit künstlich guten Gewissen gegen Notstand in Deutschland, Ausnahmezustand in Spanien, KZs in Griechenland missioniert.

WARTET DEN BELAGERUNGSZUSTAND NICHT AB!!!!!!!

VERSTÄRKT EURE KAMPFBEREITSCHAFT UND MILITANZ !!!!!!!!!

Termine:
Do 15 Uhr Mensavorraum Diskussion mit Rundschaureportern
Fr. Non-Stop Vorführung: Revolutionsfilme , Studen tenhaus

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de